

21.11.2008 07:39

Spitzen-Jurist: "Die S37 ist rechtswidrig"

Während die Asfinag unverdrossen ihre Ausbaupläne verfolgt, wächst der Widerstand gegen die "Quasi-Autobahn". Jetzt ist sogar ein Verfassungsrichter dabei.



Durch den geplanten Ausbau der S 37 befürchten viele Anrainer eine schlechtere Lebensqualität Foto: Kleine Zeitung

Es klingt vernünftig, was Landeshauptmann Gerhard Dörfler sagt: "Aus Sicherheitsgründen muss die S37 zwischen Klagenfurt und St. Veit vierspurig, mit Mitteltrennung und Pannestreifen voll ausgebaut werden und der Verkehrsfluss am Klagenfurter Knoten muss verflüssigt werden. Ob sich das einmal zu einem Autobahnabschnitt entwickle, das werde in der Steiermark entschieden. Ansonsten: "Ich bin für den Ausbau und eine offene Diskussion mit den Bürgerinitiativen, diesen kritischen Geistern, die alles hinterfragen dürfen."

"Rechtswidrig". Das tun die auch – immer mehr und zuletzt Mittwoch am Abend. 80 Personen trafen sich zu einer Info-Veranstaltung in Drasendorf (St. Georgen am Längsee), unter ihnen Herbert Haller. Das besondere an diesem Mann, der hier mit seiner Gattin 20 Jahre seinen Urlaub verbrachte und vor zehn Jahren "ein Häuschen" kaufte: Er ist Richter am Verfassungsgerichtshof und fährt acht Mal jährlich zu Verhandlungen. Deshalb hat es Gewicht, wenn er sagt: "Ich bin mir mit dem Landwirtschaftsministerium und Volksanwältin Therezija Stoisits einig, dass das S37-Projekt nach der Alpenkonvention rechtswidrig ist."

Bürgerinitiativen. Haller und die anderen Ausbau-Gegner bilden die jüngste von bald 20 Bürgerinitiativen in Kärnten und der Steiermark. Ihre Argumente haben allein in Hallers näherem Umfeld zu 120 Protest-Unterschriften geführt: "Sogar laut Asfinag wird sich der Verkehr durch den Ausbau verdoppeln und der Transit verdreifachen. Wir sind ständiger Lärmbelastung ausgesetzt, liegen im Abgaskorridor. Alles zusammen ist der Todesstoß für den Fremdenverkehr." Gerade für mautpflichtige Lkw ist die neue Strecke reizvoll: Sie ist 35 Kilometer kürzer und der höchste Punkt liegt 100 Meter niedriger – das spart Geld und Benzin.

"In 21 Jahren nicht erlebt". Für Asfinag-Sprecherin Anita Oberholzer sind Bürgerinitiativen bei großen Straßenprojekten "völlig natürlich. Aber ich habe in 21 Jahren nicht erlebt, dass sie ein Projekt verhindert hätten!"

JOCHEN BENDELE